

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/024(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 18.02.2016	Ratssaal	14:00Uhr	17:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 023.(VI) Sitzung des Stadtrates am 21.01.2016 - öffentlicher Teil T0009/16
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0016/16
- 5 Aktuelle Information - Flüchtlingssituation in Magdeburg
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2016 der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH
BE: Bürgermeister DS0570/15

6.2	2. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0447/15
6.3	1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für das Krematorium der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0483/15
6.4	Genehmigung der Annahme von Spenden gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Bürgermeister	DS0026/16
6.5	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport WV v. 21.01.16	DS0509/15
6.5.1	DS0509/15 Beteiligungen und Stellungnahmen	T0017/16
6.5.2	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 21.01.16	DS0509/15/1
6.5.2.1	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken Ausschuss Juhi	DS0509/15/1/1
6.5.3	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken SPD-Stadtratsfraktion WV. v. 21.01.16	DS0509/15/2
6.5.3.1	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken SPD-Stadtratsfraktion	DS0509/15/2/1
6.5.4	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken Interfraktionell	DS0509/15/3
6.5.4.1	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken interfraktionell	DS0509/15/3/1
6.5.4.1. 1	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken SPD-Stadtratsfraktion	DS0509/15/3/1/ 1
6.5.5	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken Oberbürgermeister	DS0509/15/4

6.6	Beitrittsbeschluss zur Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Theater Magdeburg für das Wirtschaftsjahr 2016 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0020/16
6.7	Kostenbeitragssatzung zur Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0568/15
6.8	Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 476-1 "Mariannenviertel" BE: Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0429/15
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Fehlende Spielplätze in Sudenburg SR Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SR Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM und SR Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 03.09.2015	A0105/15
7.1.1	Fehlende Spielplätze in Sudenburg	S0247/15
7.2	Unterstützung freiwilligen Engagements Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 03.09.2015	A0109/15
7.2.1	Unterstützung freiwilligen Engagements Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 03.09.2015	A0109/15/1
7.2.2	Unterstützung freiwilligen Engagements	S0281/15
7.3	Unterstützung freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 08.10.16	A0116/15
7.3.1	Unterstützung freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0116/15/1
7.3.2	Unterstützung freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0116/15/2
7.3.3	Unterstützung freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg	S0277/15

7.4	Einführung eines mobilen Bürgerkoffers SR Buller WV v. 05.11.15	A0121/15
7.4.1	Einführung eines mobilen Bürgerkoffers	S0260/15
7.5	Halteverbotszone im Zuckerbusch Fraktion CDU/FDP/BfM WV v. 05.11.15	A0123/15
7.5.1	Halteverbotszone im Zuckerbusch	S0267/15
7.6	Einrichtung von Tempo 30 - Zonen in Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.15	A0129/15
7.6.1	Einrichtung von Tempo 30 - Zonen in Magdeburg	S0290/15
7.7	Tempo-30 – Zone vor Grundschule „Sudenburg“ Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 05.11.15	A0132/15
7.7.1	Tempo-30 – Zone vor Grundschule „Sudenburg“	S0265/15
7.8	Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter Straße/Amsdorfstraße Fraktion Die LINKE/Gartenpartei WV v. 05.11.15	A0133/15
7.8.1	Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter Straße/Amsdorfstraße	S0276/15
	Neuanträge	
7.9	Geh- und Radweg Olvenstedter Chaussee Fraktion CDU/FDP/BfM	A0009/16
7.9.1	Geh- und Radweg Olvenstedter Chaussee Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0009/16/1
7.10	Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0005/16
7.11	Bäume am Straßenrand Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0008/16

7.12	Benennung Platz Stadtfeld Ost Fraktion CDU/FDP/BfM	A0010/16
7.12.1	Benennung Platz Stadtfeld Ost SR Hempel - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0010/16/1
7.13	Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM	A0011/16
7.14	Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt? SR Mewes und SR Müller - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0006/16
7.15	Neue Straßenbahnen für die MVB SR Oliver Müller Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0007/16
7.15.1	Neue Straßenbahnen für die MVB Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0007/16/1
7.16	Verkehrs- und Lebensqualität in der Arndtstraße erhöhen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0004/16
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Parteilpolitische Veranstaltungen im Wahlkampf Interfraktionell	F0021/16
9.2	Unterstützung der Kinder- und Jugendfeuerwehren Magdeburg SR Hausmann	F0025/16
9.3	Gästekontingent für Spiele des 1. FCM SR Jannack	F0024/16
9.4	Ergebnisse "EUniverCities" und studierendenfreundliche Stadt SR Assmann	F0027/16
9.5	Sicherheit in Wohngebieten SR`n Schumann	F0033/16
9.6	Förderprogramm STARK III plus - EFRE SR Denny Hitzeroth	F0034/16
9.7	Neuer Nahversorger in Olvenstedt SR Müller	F0036/16
9.8	Spendenmittel für Integration SR Herbst	F0035/16

9.9	Wahlbenachrichtigungen SR Stern	F0030/16
9.10	Schülerverkehr SR Jannack	F0026/16
9.11	Beimsstraße gemeinsam nutzen SR Westphal	F0028/16
9.12	Hochwasserschutz SR Kraatz und SR Dr. Kutschmann	F0023/16
9.13	Beleuchtung Parkanlage Harsdorfer Straße SR Schwenke, SR Reppin und SR Brestrich	F0029/16
9.14	Umsetzung Garagen- und Stellplatzsatzung SR Häusler	F0031/16
9.15	Unterbringung Flüchtlinge und Asylbewerber SR Brestrich	F0032/16
9.16	Aktueller Sachstand zum Magdeburger Standard II SR Köpp	F0037/16
9.17	Beantragung von Fußgängerüberwegen (FGÜs) und Lichtsignalanlagen (LSA) SR Köpp	F0038/16
9.18	Räumliche Absicherung der Unterrichtsversorgung an der GS Am Westring SR Müller	F0039/16
10	Informationsvorlagen	
10.1	Bauliche Verbesserungen bei den kommunalen Kindertageseinrichtungen	I0363/15
10.2	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung für die Stadtteile Fermersleben, Salbke und Westerhüsen	I0358/15
10.3	Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von- Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal - 2015	I0014/16
10.4	Baumreihe in Beyendorf-Sohlen	I0296/15
10.5	Auswertung „2. European Choir Games & Grand Prix of Nations“	I0361/15

10.6	Initiativfonds Gemeinwesenarbeit – Abschluss 2015	I0032/16
10.7	Städtebaulicher Rahmenplan Rotehorninsel	I0329/15

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 24.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	55	“	“
entschuldigt	2	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann teilt mit, dass die Stadträte Guderjahn und Zander ihm ihren Austritt aus der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei erklärt haben.

Desweiteren gibt er bekannt, dass die Stadträte Zander, Guderjahn und Stadträtin Tybora sich zu einer Fraktion zusammen geschlossen haben. Die Fraktionsbezeichnung der Fraktion lautet:

Fraktion Magdeburger Gartenpartei

Vorsitzender der Fraktion ist Roland Zander
 stellv. Vorsitzender der Fraktion ist Marcel Guderjahn
 stellv. Vorsitzende der Fraktion ist Jacqueline Tybora

Der Stadtrat nimmt durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 786-024(VI)16

Die Bildung der Fraktion Magdeburger Gartenpartei

Die vorgeschlagene neue Sitzordnung im Stadtrat des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Schumann wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herrn Schumann informiert über ein Schreiben der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, in dem mitgeteilt wird, dass aufgrund des Austrittes der Stadträte Guderjahn und Zander aus der Fraktion, diese mit sofortiger Wirkung die Fraktion in Ausschüssen sowie allen weiteren durch Stadtratsbeschluss mit Mitgliedern der Fraktion besetzten Gremien sowie in der öffentlichen als auch nichtöffentlichen Stadtratskommunikation nicht mehr vertreten.

Bis zu einer erneuten Beschlussfassung durch den Stadtrat besetzt die derzeit noch unter dem Namen „Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei“ firmierende Fraktion, soweit rechtlich zulässig, die auf sie aktuell entfallenden Ausschuss- und Gremiensitze durch entsprechende Vertretungen, die im Einzelfall den jeweiligen Gremienvorsitzenden mitgeteilt werden.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 787-024(VI)16

Herr Peter Uhlmann wird als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten abberufen.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 788-024(VI)16

Mit sofortiger Wirkung ändert die Fraktion ihre namentliche Bezeichnung.

bisher: Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei *künftig:* Fraktion DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE besetzt nachfolgende Gremien wie folgt:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

bisherige Mitglieder	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Stadträtin Monika Zimmer
Stadtrat Roland Zander	Sitz entfällt

Umlegungsausschuss

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Stadträtin Andrea Nowotny

Ausschuss für Finanz-und Grundstücksangelegenheiten

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Karsten Köpp	Sitz entfällt

Vergabeausschuss

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Sitz entfällt

Betriebsausschuss EB Stadtgarten und Friedhöfe

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Roland Zander	Sitz entfällt

Betriebsausschuss EB Puppentheater

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Stadtrat René Hempel

MVGM GmbH – Gesellschafterversammlung

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Dennis Jannack	Stadträtin Helga Boeck

MVGM GmbH – Aufsichtsrat

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Stadtrat Dennis Jannack

Magdeburger Weihnachtsmarkt GmbH – Gesellschafterversammlung

<i>bisheriges Mitglied</i>	<i>neues Mitglied</i>
Stadtrat Marcel Guderjahn	Stadträtin Andrea Nowotny

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 789-024(VI)16

im Betriebsausschuss Stadtgarten und Friedhöfe erfolgt die Neubesetzung durch

Stadtrat Denny Hitzeroth

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 790-024(VI)16

Stadtrat Tom Assmann wird als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Verwaltungsausschuss zurückgezogen.

Auf Antrag der Fraktion Magdeburger Gartenpartei nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 791-024(VI)16

Die Fraktion Magdeburger Gartenpartei entsendet ihre Mitglieder wie folgt in die Ausschüsse:

Stadtrat Roland Zander in den Verwaltungsausschuss

Stadtrat Marcel Guderjahn in den Vergabeausschuss und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Stadträtin Tybora in den Finanz- und Grundstücksausschuss

Auf Antrag der Fraktion Fraktion CDU/FDP/BfM nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 792-024(VI)16

als neuer Vertreter im Seniorenbeirat wird für den ausgeschiedenen Herrn Eberhard Seifert Herr Herbert Umlauf entsandt.

Ferner teilt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann mit, dass die Fraktion DIE LINKE Stadtrat Guderjahn aus der AG Stadtverkehr und Stadtrat Zander aus der Arbeitsgruppe Kleingartenwesen abberufen hat.

Abschließend verweist Herr Schumann auf die neue Redezeit von 10 Minuten für die Fraktion DIE LINKE.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Ergänzende liegt unter TOP 14.2 das Gutachten zur Hyparschale als vertrauliche Information vor.

Die Tagesordnung der 024.(VI) Sitzung des Stadtrates wird einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 023.(VI) Sitzung des Stadtrates am 21.01.2016 - öffentlicher Teil T0009/16

Die Bestätigung zum Beschlussprotokoll der 023.(VI) Sitzung des Stadtrates am 21.01.2016 – öffentlicher Teil erfolgt in der Sitzung 025.(VI) Sitzung des Stadtrates am 17.03.2016.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0016/16

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Information vor.

5. Aktuelle Information - Flüchtlingssituation in Magdeburg

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt einen aktuellen Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation in der Landeshauptstadt Magdeburg. **(Anlage 1)**

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, weist darauf hin, dass es in Sudenburg in Kürze ein Kirchenasyl geben soll. Er merkt an, dass dies seiner Ansicht nach rechtswidrig ist und fragt nach, wie die Verwaltung damit umgeht.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz führt aus, dass ihm dieser Sachverhalt nicht bekannt ist. Er erklärt, dass es aber dafür bestimmte Vorgaben des Innenministeriums gibt. Grundsätzlich hält das Innenministerium ein Kirchenasyl rechtlich für problematisch, wobei bei besonderen humanitären Gründen Einzelfallprüfungen vorgenommen werden.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, ob es eine Neufassung zu gefassten Beschlüssen bedarf, wenn Verträge mit Investoren wegen Vertragsbruch aufgekündigt werden, erklärt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass es zur Gemeinschaftsunterkunft „Sudenburger Wuhne“ keiner Stadtratsbeschlussfassung bedarf, da es hierzu nur eine Ankündigung zum Vorhaben gab. Er weist daraufhin, dass es zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft „Silberbergweg“ einer erneuten Beschlussfassung durch den Stadtrat bedarf. Er kündigt an, nach Klärung aller rechtlichen Fragen eine Drucksache in den Stadtrat einzubringen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet den Oberbürgermeister, seine Ausführungen zur „kleinen Schulstraße“ zu präzisieren und Wege aufzuzeigen, wie man in Magdeburg den Dialog mit privaten Vermietern verbessern kann.

Eingehend auf die Anmerkungen des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bestätigt er die vorsichtige Haltung von privaten Vermietern die es gilt, mit Aufzeigen von positiven Beispielen aufzubrechen. Er verweist auf die bisher gute Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und der Wobau, merkt aber an, dass aufgrund der zu erwartenden Zahlen von bleibeberechtigten Flüchtlingen auch die privaten Vermieter mit eingebunden werden müssen. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass es noch Klärungsbedarf bezüglich der Solvenz gibt. Bezüglich der Nachfrage zur „kleinen Schulstraße“ informiert Herr Dr. Trümper, dass dort relativ viele Asylbewerber eingewiesen wurden, die Bleiberecht haben. Diese sollen motiviert werden, sich schnellstens eine Wohnung zu suchen, um diese Einrichtung wieder freizubekommen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 6.1. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2016 der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH DS0570/15
BE: Bürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 793-024(VI)16

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH werden angewiesen, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 und für die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zu bestellen.

- 6.2. 2. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg DS0447/15
BE: Bürgermeister
-

Der BA SM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0447/15 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 53 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 794-024(VI)16

Der Stadtrat beschließt gemäß Anlage 3 die 2. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Landeshauptstadt Magdeburg vom 04.10.2011 (veröffentlicht im Amtsblatt vom 07. Oktober 2011 Seite 901) zuletzt geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 01.06.2012 (veröffentlicht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg vom 08. Juni 2012 Seite 396).

6.3. 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für das Krematorium der Landeshauptstadt Magdeburg DS0483/15

BE: Bürgermeister

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0483/15 ein.

Er geht im Weiteren klarstellend auf die Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Grund der Erhebung von Gebühren trotz Gewinnerzielung des Eigenbetriebes ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 795-024(VI)16

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Gebührensatzung für das Krematorium der Landeshauptstadt Magdeburg vom 31.03.2009, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 14 vom 09. April 2009, gemäß beiliegender Anlage.

6.4. Genehmigung der Annahme von Spenden gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA DS0026/16

BE: Bürgermeister

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 796-024(VI)16

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme einer Spende über 8.000,00 Euro zu.

6.5.	Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken	DS0509/15
	BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport WV v. 21.01.16	

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0509/15/4 des Oberbürgermeisters.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0509/15/1/1 und des Änderungsantrages DS0509/15/4 des Oberbürgermeisters.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0509/15/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag DS0509/15/1/1 des Ausschusses Juhi
- Änderungsanträge DS0509/15/2, DS0509/15/2/1 und DS0509/15/3/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion
- interfraktioneller Änderungsanträge DS0509/15/3 und DS0509/15/3/1
- Änderungsantrag DS0509/15/4 des Oberbürgermeisters

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle bringt den Änderungsantrag DS0509/15/4 des Oberbürgermeisters ein und bittet um Zustimmung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion informiert der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann über die Diskussion im Ausschuss und die dabei geäußerten Kritikpunkte zur Vorgehensweise der Verwaltung. Er macht u.a. mit dem Hinweis der jetzt bereits 957 zu beschulenden Flüchtlingskinder deutlich, dass die Stadt Magdeburg 2 neue Grundschulen in Stadtfeld und in Ottersleben braucht. Stadtrat Heynemann erklärt, dass der vorliegende Schulentwicklungsplan nur für das Schuljahr 2016/17 gilt und seitens der Verwaltung zugesagt wurde, im Mai diesen Jahr eine neue Drucksache zum Schulentwicklungsplan bis zum Jahr 2020 mit allen kritischen Punkten dem Stadtrat vorzulegen.

Eingehend auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann zur Situation der zu beschulenden Flüchtlingskindern erklärt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass diese nach Umzug in Wohnungen auf das gesamte Stadtgebiet verteilt werden.

Die Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadträtin Wübbenhorst informiert über das Votum des Ausschusses.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag DS0509/15/2/1 ein.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert die Intention des interfraktionellen Änderungsantrages DS0509/15/3/1. Er begrüßt, dass die Verwaltung im Mai dieses Jahres dem Stadtrat erneut eine Drucksache zum Schulentwicklungsplan bis zum Jahr 2020 vorlegen wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wirbt in seinen Ausführungen ebenfalls für die Annahme des interfraktionellen Änderungsantrages DS0509/15/3/1. Er übt weiterhin Kritik, dass die Drucksache DS0509/15 trotz Stadtratsbeschluss im Januar in unveränderter Form dem Ausschuss BSS vorgelegt wurde und die Stellungnahmen der Beauftragten immer noch nicht beigefügt waren. Lt. Aussage des zuständigen Fachdienstleiters ist ihm die diesbezügliche Dienstanweisung des Oberbürgermeisters aus 2006 nicht bekannt. Bezüglich des vorliegenden

Änderungsantrages DS0509/15/2/1 der SPD-Stadtratsfraktion signalisiert Stadtrat Müller die Ablehnung durch seine Fraktion.

In seinen weiteren Anmerkungen geht Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisch auf den Punkt 1 des Änderungsantrages DS0509/15/2 der SPD-Stadtratsfraktion ein und hält diesen für problematisch. Wenn Schüler aus dem Einzugsbereich der GS Friedeshöhe an die GS Sudenburg abgegeben werden sollen, wie die Verwaltung es will, ist es kontraproduktiv, wenn die SPD meint, die dafür als Ausgleich gedachten Schüler aus Lemsdorf, die bislang an der überfüllten GS Ottersleben beschult werden, in die GS Lindenhof schicken zu können. Dies würde - ohne Not - letztlich die Zweizügigkeit und somit den Bestand der PPP-sanierten GS Friedeshöhe in Frage stellen. Vielmehr sei zu hinterfragen, wie sinnvoll eigentlich die Verlagerung der GS Amsdorfstraße in die Braunschweiger Straße war, was letztlich zur Überlagerung der Schuleinzugsbereiche mit der GS Friedeshöhe führte. Er fragt in diesem Zusammenhang nach, inwieweit Vorschläge vom Landesschulamt berücksichtigt werden. Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages DS0509/15/3/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion erklärt er, dass nichts gegen eine *Prüfung* zum möglichen Neubau einer Grundschule in Brückfeld einzuwenden ist, aber nicht schon heute ohne jegliche Prüfung einfach deren Bau beschlossen werden kann.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, geht klarstellend zur Intention des Änderungsantrages DS0509/15/3/1/1 und zur Faktenlage der Grundschulen Lindenhof und Friedeshöhe ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke erläutert die Zielstellung des Änderungsantrages DS0509/15/3/1 und geht auf die Genese ein.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, begründet auch im Namen des Stadtrates Hans-Jörg Schuster die Ablehnung der vorliegenden Drucksache DS0509/15.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0509/3/1 und begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0509/3/1/1.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die Frage der Beschulung von Flüchtlingskindern ein. Er kann im Weiteren der Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke nicht folgen.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen, insbesondere zur Rolle des Landesschulamtes und des Kultusministeriums ein. Er weist darauf hin, dass die gegebenen Hinweise Empfehlungen sind und keinen verpflichtenden Charakter haben. Er erklärt, dass das Votum des Schulträgers zum Neubau von Schulen vom Landesschulamt nur dann akzeptiert wird, wenn dieser auch die Kosten übernimmt, da das STARK III-Programm keine Neubauten mehr beinhaltet. Die Bedingung für die Genehmigung von Grundschulen die vom Landesschulamt und vom Kultusministerium gestellt wird, dass diese Grundschule mindestens 5 Jahre lang zweizügig mit mindestens 140 Schülerinnen und Schülern zu betreiben ist. Abschließend verweist Herr Dr. Puhle darauf, dass der Bedarf an Grundschulen geprüft wird und Inhalt der angekündigten Drucksache zum Schulentwicklungsplan ebenso wie die heute beschlossenen Änderungsanträge sein wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht grundsätzliche Bemerkungen zur Thematik und begründet die Verfahrensweise der Verwaltung. Er verweist darauf, dass in den letzten Jahren 300 Mio Euro in Schulen nach den Vorgaben des Landes und nach den Planungsgrößen investiert wurde. Er führt aus, dass die jetzt entstandene Situation durch den Flüchtlingszuzug völlig neu ist und die Konsequenzen für Niemanden vorhersehbar waren. Er erinnert weiterhin

an seine ausführlichen Ausführungen zu TOP 5, insbesondere zur Frage der Wohnsitznahme bleibeberechtigter Ausländer.

Herr Dr. Trümper geht im Weiteren kurz auf die Situation der Schule am Westring ein und stellt kritisch klar, dass die dortigen Probleme nicht entstanden wären, wenn sich die Schulleitung an die vom Stadtrat beschlossenen Regularien gehalten hätte.

Er nimmt weiterhin zur Bedeutung von Gemeinschaftsschulen Stellung und geht kritisch auf die im interfraktionellen Änderungsantrag DS0509/15/3/1 unter Punkt 3 geforderten Maßgaben ein. Insbesondere kritisiert er das Ignorieren des gerade auch in Gemeinschaftsschulen möglichen und gewünschten Ablegens des Abiturs. Diese Klassen seien teilweise nicht ausgelastet, wobei die IGS Mehrbedarf anmelden. Er bezeichnet diese Situation als absurd.

Er bittet weiterhin, realistisch zu bleiben und zu beachten, dass eine völlige Neuorientierung der Schulentwicklungsplanung z.B. bzgl. Sozialarbeiter- und Förderunterrichtsräumen in der geforderten Kurzfristigkeit nicht möglich ist.

Herr Dr. Trümper informiert über die STARK III-Konferenz in Aschersleben und gibt Hintergrundinformationen zur Dimension bezüglich der Beantragung und Genehmigung von Fördermitteln aus diesem STARK III-Programm. Insbesondere geht er auf das Auswahlkriterium Energieeffizienz ein, deshalb sei völlig unklar, ob und welche Einrichtungen in Magdeburg gefördert werden würden. Außerdem seien Neubauten von z.B. Schulen definitiv von der Förderung ausgeschlossen.

Er fordert die Stadträtinnen und Stadträte nachdrücklich auf, nicht die Illusion zu verbreiten, das Schulen schnell neugebaut werden. Herr Dr. Trümper erläutert, dass gemäß Förderrichtlinie des Landes für einen Neubau einer Schule deren Bestand für 15 Jahre gesichert sein muss. Diesen Bedarf könne derzeit Niemand ernsthaft bestätigen.

Er erklärt, dass man nach und nach schauen muss, wie sich die Situation mit den bleibeberechtigten Flüchtlingskindern in den nächsten Jahren entwickelt

Abschließend geht er klarstellend auf die Situation an der IGS „Willy Brandt“ ein.

Im Rahmen der weiteren Diskussion merkt Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM, kritisch an, dass seit 12 Jahren bekannt ist, dass die Grundschule in Ottersleben zu klein ist und die Situation an der IGS „Willi Brandt“ auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Situation an der IGS „Willi Brandt“ Stellung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, warum an der Grundschule am Westring Lehrer nicht eingesetzt werden, weil keine Räume zur Verfügung stehen, führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass sich das Land oder die Schule nur nach den räumlichen Bedingungen richten kann. Warum die Lehrer genehmigt worden sind, entzieht sich seiner Kenntnis.

Abschließend erklärt der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler, dass er eine Belegung mit 28 Schülerinnen und Schülern in der Grundschule für nicht tragbar hält. Ziel muss es sein, die Richtgröße des Landes zu unterschreiten. Er bittet darum, der vorliegenden Drucksache DS0509/15 und den Änderungsanträgen seiner Fraktion zuzustimmen.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0509/15/1/1 des Ausschusses Juhi einstimmig:

Der erste Beschlusspunkt des Änderungsantrages DS0509/15/1 wird um einen Satz ergänzt.

Der Stadtrat möge beschließen:

Neu

1. Der Schulbezirk der Grundschule Westerhüsen wird um den Bereich des Stadtteils Beyendorf-Sohlen erweitert. *Die Option der Beschulung im Grundschulbezirk Reform bleibt bestehen.*

Gemäß Änderungsantrag DS0509/15/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0509/15/1/1 des Ausschusses Juhi einstimmig:

1. Der Schulbezirk der Grundschule Westerhüsen wird um den Bereich des Stadtteils Beyendorf-Sohlen erweitert. Die Option der Beschulung im Grundschulbezirk Reform bleibt bestehen.

2. Die Oberhofer Straße, die Suhler Straße und die Welsleber Straße 1-46 werden aus dem Schulbezirk der Grundschule Salbke aus- und in den Schulbezirk der Grundschule Westerhüsen umgliedert.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0509/15/2/1 der SPD-Stadtratsfraktion.

Gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0509/15/2/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0509/15/2 wird wie folgt geändert:

1. Die geplanten Änderungen der Schulbezirke im Bereich 2: GS „Sudenburg“- GS „Friedenshöhe“- GS „Ottersleben“ werden hinsichtlich der Zuordnung von Lemsdorf zur GS Friedenshöhe überarbeitet. Hierbei soll Lemsdorf weiterhin der GS „Ottersleben“ zugeordnet bleiben. Alternativ ist eine vorübergehende Zuordnung zur GS „Lindenhof“ vorzunehmen.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0509/15/2/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen:

2. Zudem soll die Prüfung zweier Schulneubauten in Ottersleben und Stadtfeld Ost, wie in dem am 03.12.2015 vom Stadtrat beschlossenen Antrag 0137/15, in der Drucksache Berücksichtigung finden. Für Ottersleben sollen hierbei vorrangig städtische Flächen im westlichen Bereich von Ottersleben mit in die Prüfung einbezogen werden.

Gemäß Punkt 3 des Änderungsantrages DS0509/15/2/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen:

3. Weiterhin soll geprüft werden, ob weitere Schulneubauten benötigt werden und inwiefern derzeit nicht für den Schulbetrieb genutzte Schulgebäude reaktiviert und einer Nutzung als Grundschulen zugeführt werden können.

Gemäß Änderungsantrag DS0509/15/3/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen (Änderungen fett):

Der Änderungsantrag DS0509/15/3/1 ersetzt den Ursprungsantrag DS0509/15/3 und lautet neu: Die vorliegende Drucksache DS0509/15 wird aufgrund des Fehlens anderer Alternativen zur kurzfristigen Sicherung der Unterbringung der Schüler*innen nur zum Schuljahr 2016/2017 unter Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte bestätigt:

1. In Stadtfeld, Ottersleben und **Brückfeld** werden Neubauten für Grundschüler*innen umgehend in Angriff genommen.
2. Bis zur Fertigstellung der beiden neuen Grundschulen und zur Sicherung des Schulbetriebs insbesondere für den Förderunterricht und den Deutschunterricht von Flüchtlingen und Emigranten an diversen Schulen sind kurzfristig Containerlösungen zu realisieren.
3. Bei der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, beginnend mit den Schuljahr 2017/2018 sind folgende Maßgaben zu beachten:
 - Festgelegte Arbeitsräume für Schulsozialarbeiter*innen
 - Festgelegte Arbeitsräume für den Förderunterricht
 - Festgelegte Arbeitsräume für den Hort einschl. Kapazitätsaussagen und Aussagen zur Einzel- bzw. Doppelnutzung im Kontext des vom Stadtrat beschlossenen Raumprogramms sowie zum freizeitpädagogischen Mobiliar der Horträume
 - Festgelegte Lehrerzimmer, ohne eventuelle Umnutzung als Unterrichtsraum
 - Berücksichtigung der besonderen Betreuung von Flüchtlingskindern
 - Erhöhter Platzbedarf für Kinder mit einer Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-

Störung (ADHS)

- Berücksichtigung von Eingangsklassen
- Berücksichtigung der Inklusion
- Aussagen zur Inanspruchnahme der Schülerjahreskarte und zur Verkehrssicherheit der Schulwege

Gemäß interfraktionellen Änderungsantrag DS0509/15/3/1 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0509/15/3/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Die vorliegende Drucksache DS0509/15 wird aufgrund des Fehlens anderer Alternativen zur kurzfristigen Sicherung der Unterbringung der Schüler*innen nur zum Schuljahr 2016/2017 unter Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte bestätigt:

1. In Stadtfeld, Ottersleben und **Brückfeld** werden Neubauten für Grundschüler*innen umgehend in Angriff genommen.
2. Bis zur Fertigstellung der beiden neuen Grundschulen und zur Sicherung des Schulbetriebs insbesondere für den Förderunterricht und den Deutschunterricht von Flüchtlingen und Emigranten an diversen Schulen sind kurzfristig Containerlösungen zu realisieren.
3. Bei der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, beginnend mit den Schuljahr 2017/2018 sind folgende Maßgaben zu beachten:

- Festgelegte Arbeitsräume für Schulsozialarbeiter*innen
- Festgelegte Arbeitsräume für den Förderunterricht
- Festgelegte Arbeitsräume für den Hort einschl. Kapazitätsaussagen und Aussagen zur Einzel- bzw. Doppelnutzung im Kontext des vom Stadtrat beschlossenen Raumprogramms sowie zum freizeitpädagogischen Mobiliar der Horträume
- Festgelegte Lehrerzimmer, ohne eventuelle Umnutzung als Unterrichtsraum
- Berücksichtigung der besonderen Betreuung von Flüchtlingskindern
- Erhöhter Platzbedarf für Kinder mit einer Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)
- Berücksichtigung von Eingangsklassen
- Berücksichtigung der Inklusion
- Aussagen zur Inanspruchnahme der Schülerjahreskarte und zur Verkehrssicherheit der Schulwege

Gemäß Änderungsantrag DS0509/15/4 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt für die aufgeführten Grundschulen, für die Aufnahme der Einschüler (Klassenstufe 1), folgende in den Anlagen 1 bis 4 dargestellten Schulbezirksänderungen:

- 1) GS „Am Kannenstieg“ – GS „Kritzmannstraße“ **für 2016/17 Anlage 1**
- 2) GS „Sudenburg“ – GS „Friedenshöhe“ – GS „Ottersleben“ **für 2016/17 Anlage 2**

3) GS „Leipziger Straße“ – GS „Am Hopfengarten“ – GS „Lindenhof“ für 2017/18

Anlage 3

4) GS „Am Brückfeld“ – GS „Am Elbdamm“ – GS „Am Pechauer Platz“ für 2016/17

Anlage 4

Die Straßen Brändströmweg, Herweghstraße, Luxemburgstraße, Mehringstraße 17- 46 und Zuckerbusch 14-44 gerade, 17 und 17a werden für 2016/17 einmalig der GS „Am Elbdamm“ zugeordnet.

Die Anlagen 1 bis 4 sind Bestandteil der Beschlussvorschläge.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 797-024(VI)16

Der Stadtrat beschließt für die aufgeführten Grundschulen, für die Aufnahme der Einschüler (Klassenstufe 1), folgende in den Anlagen 1 bis 4 dargestellten Schulbezirksänderungen:

1) GS „Am Kannenstieg“ – GS „Kritzmannstraße für 2016/17 Anlage 1

2) GS „Sudenburg“ – GS „Friedenshöhe“ – GS „Ottersleben“ für 2016/17 Anlage 2

3) GS „Leipziger Straße“ – GS „Am Hopfengarten“ – GS „Lindenhof“ für 2017/18

Anlage 3

4) GS „Am Brückfeld“ – GS „Am Elbdamm“ – GS „Am Pechauer Platz“ für 2016/17

Anlage 4

Die Straßen Brändströmweg, Herweghstraße, Luxemburgstraße, Mehringstraße 17- 46 und Zuckerbusch 14-44 gerade, 17 und 17a werden für 2016/17 einmalig der GS „Am Elbdamm“ zugeordnet.

Die Anlagen 1 bis 4 sind Bestandteil der Beschlussvorschläge.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister:

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 2)**

- 6.6. Beitrittsbeschluss zur Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Theater Magdeburg für das Wirtschaftsjahr 2016 DS0020/16
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Die 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 798-024(VI)16

1. Der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes vom 22.01.2016 unter dem Aktenzeichen 206.5.2-10210/md-9-thm/wp2016 wird beigetreten.
2. Der Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite auf 5.937.700 € wird zugestimmt.

- 6.7. Kostenbeitragssatzung zur Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen DS0568/15
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse KRB und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE, inwieweit die Änderung in Artikel 1 durch ersatzlose Streichung des § 6 Abs. 1 (Wegfall der der automatischen Kostenbeitragsenerhebung bei Eltern mit Magdeburg-Pass) für die Betroffenen nachteilig ist, erklärt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris, dass es keine Nachteile gibt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 799-024(VI)16

Der Stadtrat beschließt die „1. Änderungssatzung zur Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über Kostenbeiträge der Eltern zur Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen sowie zum Wahlverfahren des Stadtelternbeirates Kostenbeitragssatzung zur Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen“ vom 06.06.2013 (Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 28 vom 26. Juli 2013) gemäß beiliegender Anlage 1.

6.8. Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 476-1
"Mariannenviertel"

DS0429/15

BE: Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube informiert über die Diskussion im Ausschuss. In seiner Eigenschaft als Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion fragt er nach, was dort geplant ist und ob ein B-Plan erforderlich ist oder ob das noch in den Bereich der Baubecon fällt.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht klarstellend auf die Nachfragen des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion und zur Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, warum der angrenzende Wohnbereich Blumenstraße nicht mit aufgenommen wurde, ein.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 800-024(VI)16

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

im Norden: durch die Südgrenze der Flurstücke 4579, 4580/1, 4580/2 sowie deren Verlängerung im Flurstück 10134 der Flur 466,

im Osten: durch die Süd- und Westgrenze des Flurstücks 10135 sowie durch die Ostgrenzen der Flurstücke 4640, 10004, 5019/11, 5019/10, 5019/5, 10167, 4670 der Flur 466,

im Süden: durch die Südgrenze des Flurstücks 4670 der Flur 466 ,

im Westen: durch die Ostgrenze der Flurstücke 10214 und 10218 (Alt Farmersleben) der Flur 466

ein Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren aufgestellt werden.

Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird in Anwendung des § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB abgesehen.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Ausweisung eines öffentlichen Quartiersplatzes entlang der Verkehrsfläche Alt Farmersleben und dessen Integration in die angrenzenden Bebauungsmöglichkeiten
- Untersuchung der Möglichkeiten zur Schaffung einer Wegeverbindung Richtung Salbker See
- Prüfung der Festsetzung einer öffentlichen Verkehrsfläche für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn-Haltestelle „Mariannenstraße“ unter Berücksichtigung einer städtebaulich verträglichen straßenbegleitenden Bebauung

- Planerische Konkretisierung der Zielstellung der Erhaltungssatzung zum Schutz des städtebaulichen Gesamtcharakters bzw. der Erhalt des Gesamtbildes des Ortsteils Salbke

Der aufzustellende Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der LH MD entwickelt. Im Flächennutzungsplan ist dieses Gebiet als Wohnbaufläche dargestellt.

3. Die von der Planaufstellung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13 Abs. 2 und 3 BauGB zu beteiligen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1.	Fehlende Spielplätze in Sudenburg SR Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SR Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM und SR Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 03.09.2015	A0105/15
------	--	----------

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den interfraktionellen Antrag A0105/15 ein.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, was die Stadt unternommen hat, um zusätzliche Flächen anzukaufen, sagt der Bürgermeister Herr Zimmermann eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, regt an, den Spielplatz in der Wolfenbüttler Straße zu erweitern.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0247/15 der Verwaltung und sieht das Anliegen grob erfüllt. Er merkt an, dass dieses Problem seit 25 Jahren besteht.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM, schließt sich der vorliegenden Stellungnahme S0247/15 der Verwaltung an. Er verweist auf die entstehenden Situationen, wenn Schulen ihre Schulhöfe öffnen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstreicht die Ausführungen des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält die Öffnung der Schulhöfe für den falschen Weg und spricht sich für den Schutz dieser aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Antrag A0105/15 einstimmig:

Beschluss-Nr. 801-024(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, lösungsorientiert zu prüfen, welche vorhandenen Gegebenheiten wie verändert werden müssten, um Schulhöfe oder nur klar definierte Schulhofbereiche auch nach offiziellem Schulschluss einer Nutzung als Fläche für ausgewählte Spielarten geöffnet und zur Verfügung gestellt werden können.

Für zunächst ausgewählte Stadtteile (wie in jedem Fall Sudenburg, aber auch Stadtfeld) sollte der erste Prüfungsschritt erfolgen. Gegebenenfalls könnten in diesen Stadtteilen auch erste Versuchsflächen festgelegt werden.

7.2.	Unterstützung freiwilligen Engagements	A0109/15
	Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 03.09.2015	

Die Ausschüsse KRB, VW und GeSo betrachten den Antrag A0109/15 mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0109/15/1 für erledigt.

Die Ausschüsse FuG und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0109/15 und erklärt, dass dieser zum Teil in der Umsetzung ist. Sie teilt mit, dass der vorliegende Änderungsantrag A0109/15/1 den Ursprungsantrag A0109/15 ersetzt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Ansiedlung der Stelle Verwaltungsangelegenheit ist.

Gemäß Antrag A0109/15 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0109/15/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 802-024(VI)16

Die Landeshauptstadt Magdeburg

- verstetigt in geeigneter Form die Arbeit der am 04. März 2015 stattgefundenen Engagement-Werkstatt und ermöglicht kontinuierlich Plattformen zum Dialog für und mit Akteuren der Zivilgesellschaft.

- erstellt in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Magdeburg und ggf. weiteren Akteuren_innen ein Projektkonzept für den Einsatz von Integrationslotsen, das deren Qualifizierung, Aufgabenbeschreibung und die Unterstützung von Seiten der Landeshauptstadt beschreibt. Dies soll auch genutzt werden, um zeitnah die angekündigten Mittel des Landes für solche Projekte beantragen zu können, sobald diese abrufbar sind.
- erarbeitet zeitnah ein Konzept zur Etablierung einer verlässlichen und kompetenten Struktur von Ansprechpartner_innen innerhalb der städtischen Verwaltung, die eigens zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge, zur Unterstützung der Integrationslotsen, zur Abstimmung mit Vereinen und Verbänden, zur unbürokratischen Ermöglichung von Begegnungen, zur besseren Abstimmung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen usw. arbeiten. Berücksichtigt wird dabei im Besonderen die stadtteilbezogene Arbeit.
- bekennt sich zu einer offenen und transparenten Informationspolitik und qualifiziert weiter die Webseiten der Landeshauptstadt zum Thema Flüchtlinge.

7.3.	Unterstützung freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 08.10.16	A0116/15
------	---	----------

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0116/15 ein und nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag A0116/15/1 der Fraktion DIE LINKE Stellung. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Punktes 1 und die Zustimmung zum Punkt 2 des Änderungsantrages A0116/15/1.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0116/15/1 ein.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt den vorliegenden Änderungsantrag A0116/15/1 und bringt den Änderungsantrag A0116/15/2 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist auf die vorliegende Stellungnahme S0277/15 der Verwaltung hin.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0116/15/1 der Fraktion DIE LINKE –

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Der zweite Punkt wird gestrichen.

2. Der dritte Punkt wird wie folgt ergänzt (**Ergänzung fett**):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Initiative „Freifunk“ in Magdeburg durch das Bereitstellen von Standorten (z.B. an oder auf öffentlichen Gebäuden, **insbesondere den Gemeinschaftsunterkünften**) zur fachgerechten Installation von WLAN-Routern (Hot Spots) zu unterstützen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0116/15/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag wird ergänzt um den folgenden Punkt:

- Im Rahmen von „Open Data“ sollen infrage kommende Liegenschaften online kartographiert werden, so dass Freifunkern und Freifunkern diese als mögliche Standorte in ihre Planungen einbeziehen können.

Gemäß Antrag A0116/15 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0116/15/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 803-024(VI)16

Der Stadtrat möge beschließen:

- Der Stadtrat begrüßt Initiativen zum Aufbau freier digitaler Netzwerke in der Landeshauptstadt Magdeburg, wie sie beispielsweise mit der Initiative Freifunk bereits aktiv sind.
- Der Stadtrat begrüßt daher den Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Landtag, die sich für den Ausbau digitaler Infrastrukturen und die Unterstützung für digitales bürgerschaftliches Engagement zur Internetversorgung einsetzen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Initiative Freifunk in Magdeburg durch das Bereitstellen von Standorten (z.B. an oder auf öffentlichen Gebäuden) zur fachgerechten Installation von WLAN-Routern (Hot Spots) zu unterstützen.
- Im Rahmen von „Open Data“ sollen infrage kommende Liegenschaften online kartographiert werden, so dass Freifunkern und Freifunkern diese als mögliche Standorte in ihre Planungen einbeziehen können.

7.4. Einführung eines mobilen Bürgerkoffers

A0121/15

SR Buller
WV v. 05.11.15

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz begründet den Standpunkt der Verwaltung. Er informiert in diesem Zusammenhang, dass künftig im Breiten Weg 115 nur noch die Ausländerbehörde untergebracht und das Bürgerbüro ausgelagert wird.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0121/15 des Stadtrates Buller -

Beschluss-Nr. 804-024(VI)16

Der Oberbürgermeister wird gebeten die Einführung eines mobilen Bürgerkoffers zur Erfassung der richtigen Personaldokumente in den Flüchtlingsunterkünften.

Durch diesen Einsatz kann sich aus meiner Sicht eine Entspannung in der Ausländerbehörde abzeichnen, da dieser mobile Koffer direkt am Einsatzort eingesetzt werden kann.

Es entstehen folgende Vorteile:

- Bürgernähe durch ortsunabhängige Behördenservices
- Einfache Bedienung, leichter Transport
- Komplett ausgestatte und kompatibel mit diversen Einwohnerverfahren
- Flexibel bei der Einbindung in bestehende IT – Infrastrukturen
- Umfassende Beratungs- und Supportleistungen der Bundesdruckerei.

Angeboten wird dieses Gerät von der Bundesdruckerei in Berlin, auch im Mietverfahren ca. 250,00 € / Monat. –

wird **abgelehnt**.

7.5. Halteverbotszone im Zuckerbusch

A0123/15

Fraktion CDU/FDP/BfM
WV v. 05.11.15

Der Ausschuss StBV betrachtet den Antrag A0123/15 mit der vorliegenden Stellungnahme S0267/15 als erledigt.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Antrages A0123/15 und zieht diesen **zurück**.

7.6. Einrichtung von Tempo 30 - Zonen in Magdeburg

A0129/15

SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 05.11.15

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0290/15.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, bittet darum, auch den Bereich vor den Kita`s zu berücksichtigen.

Gemäß Antrag A0129/15 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 805-024(VI)16

Der Oberbürgermeister wird gebeten, vor dem Hintergrund der geplanten Änderung der Straßenverkehrsordnung, die Einrichtung von Tempo 30-Zonen an den jüngst abgelehnten Standorten vor der Grundschule Sudenburg, am Albert-Einstein-Gymnasium, an der Stendaler Straße, an der Grundschule Nordwest sowie an den verbleibenden Grundschulen, Kindertagesstätten und ggfl. Senioren- und Behinderteneinrichtungen vorzubereiten.

7.7. Tempo-30 – Zone vor Grundschule „Sudenburg“

A0132/15

Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
WV v. 05.11.15

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dankt für die schnelle Umsetzung des Antrages A0132/15 und zieht ihn **zurück**.

7.8.	Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter Straße/Amsdorfstraße	A0133/15
	Fraktion Die LINKE/Gartenpartei WV v. 05.11.15	

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über den aktuellen Planungsstand.

Gemäß Antrag A0133/15 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 806-024(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, in welchen Zeiträumen das Raumprogramm am Schulstandort der nach Auszug der GS „Amsdorfstraße“ nunmehr allein im Gebäude verbliebenen Sekundarschule „Johann Wolfgang Goethe“ in Absprache mit wem und auf Grundlage welcher Beschlussfassung im Kontext pädagogischer Erfordernisse wie für welche Zeiträume vor bzw. nach der geplanten weiteren Sanierung gestaltet wird.

Neuanträge

7.9.	Geh- und Radweg Olvenstedter Chaussee	A0009/16
	Fraktion CDU/FDP/BfM	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0009/16 in die Ausschüsse StBV und FG – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0009/16 wird in die Ausschüsse StBV und FG überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0009/16/1 der Fraktion DIE LINKE wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.10. Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen A0005/16
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0005/16 in die Ausschüsse BSS, FuG und GeSo – vor, der durch Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, um den BA KGM ergänzt wird.

Gemäß ergänzten vorliegenden GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0005/16 wird in die Ausschüsse BSS, FuG, GeSo und in den BA KGM überwiesen.

7.11. Bäume am Straßenrand A0008/16
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0008/16 in die Ausschüsse UwE, StBV und in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0008/16 wird in die Ausschüsse UwE, StBV und in den BA SFM überwiesen.

7.12. Benennung Platz Stadtfeld Ost A0010/16
 Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0010/16 in die AG Straßennamen und Hausnummerierung – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0010/16 wird in die AG Straßennamen und Hausnummerierung überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0010/16/1 des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE, wird in die Beratung mit einbezogen.

- 7.13. Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg A0011/16
Fraktion CDU/FDP/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0011/16 in den BA KGM und in die Ausschüsse StBV, K und VW – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0011/16 wird in den BA KGM und in die Ausschüsse StBV, K und VW überwiesen.

- 7.14. Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form A0006/16
vs. Inhalt?
SR Mewes und SR Müller - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0006/16 in den Ausschuss BSS, der durch Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, um den Ausschuss Juhi ergänzt wird.

Gemäß ergänzten GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0006/16 wird in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

- 7.15. Neue Straßenbahnen für die MVB A0007/16
SR Oliver Müller
Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0007/16 in die Ausschüsse FG, StBV und VW – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0007/16 wird in die Ausschüsse FG, StBV und VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0007/16/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.16. Verkehrs- und Lebensqualität in der Arndtstraße erhöhen

A0004/16

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemäß vorliegendem Antrag A0004/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 807-024(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Arndtstraße zwischen Liebknechtstraße und Großer Diesdorfer Straße auf der Basis §45 (1) Ziff. 3 StVO aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs und „zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen“ in der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf einen Wert unter 50 km/h beschränkt werden kann.

Bei der Prüfung sind das Umweltamt und das Stadtplanungsamt mit einzubeziehen. Die Ergebnisse sind dem Stadtentwicklungsausschuss (StBV) und dem Umweltausschuss (UwE) vorzulegen.

8. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Ralf Thiem, Telemann-Straße 8, 39106 Magdeburg

Schönen Dank, Frau Vorsitzende.

Und zwar hatten wir ja im vergangenen Jahr, im Frühjahr, eine Bürgerversammlung in Nord und da wurde u. a. auch zu der Frage gestellt, wie ist der Stand zu der alten SED-Parteischule. Und Herr Oberbürgermeister hat sich dahingehend geäußert, dass er sich möglicherweise dafür einsetzen will, diesen Kaufvertrag, den die Stadt mit einem Investor getroffen hat, möglicherweise wieder rückgängig zu machen. Nun ist meine Frage, wie ist der Ist-Zustand? Gab es da Kontakte? Gab es dazu Gespräche? Ist der Investor bereit, da etwas zu tun oder gibt der sein Grundstück auf? Oder wie auch immer. Das wäre meine erste Frage.

Erweitern möchte ich das Ganze, weil ja diese Parteischule auch unter Schrottimmobilien fällt. Wenn ich in der Zeitung lese, dass Bürger anfangen, selber eigene Listen zu Schrottimmobilien zu erstellen, dann ist doch die Frage, wie arbeitet die Arbeitsgruppe, die ins Leben gerufen wurde, beim Dr. Scheidemann. Gibt es da Schwierigkeiten? Gibt es da Probleme? Gibt es da Missverständnisse? Oder wie auch immer. Was hat diese Arbeitsgruppe bisher bewirkt, außer irgend welche Listen zu erstellen. Gab es da schon irgendwelche positiven Rückkoppelungen?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann :

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann informiert, dass die Arbeitsgruppe unmittelbar bei ihm angesiedelt ist und seine Mitarbeiterin Frau Redling dafür zuständig ist. Es wurde festgelegt, mit den besonderen städtebaulichen Bereichen – Alte Neustadt, zu beginnen. Er informiert weiterhin, dass die Stadtverwaltung einige Eigentümer und Neueigentümer zusammenführen konnten, was letztendlich zu den Sanierungen an einigen Immobilien, insbesondere in Süd-Ost, geführt hat. Herr Dr. Scheidemann erklärt, dass der Verwaltung keine privaten Listen bekannt sind und die ihm bekannte Liste ca. 400 Immobilien beinhaltet.

Er macht deutlich, dass allein aufgrund der Zahl, wenn man Alteigentümer zusammenbringt und mögliche Interessenten an einer Sanierung immer ein erheblicher Gesprächsbedarf besteht. Herr Dr. Scheidemann teilt weiterhin mit, dass pro Woche bei ihm 10 bis 20 Schreiben an Eigentümer mit einer Sachstandserfassung abgeschickt werden. Er sichert zu, eine entsprechende Liste vorzubereiten.

Nachfrage von Herrn Thiem

Es ist mir nur aufgefallen, ich glaube, vorige Woche oder vor 14 Tagen stand es in der Volksstimme ein Artikel, wo also da in Reform oder wo auch immer, irgendwelche Sammlungen, Erfassungen von Schrottimmobilen bewirkt werden. Ja, zur Parteischule selber?

Antwort des Bürgermeisters Herr Zimmermann :

Der Bürgermeister Herr Zimmermann erklärt, dass der Verwaltung der Eigentümer bekannt ist, dieser sich allerdings verleugnet und dadurch kein Kontakt zustande kommt. Er betont, dass dieser aufgefordert wurde, die Immobilie in Ordnung zu bringen, aber bisher keine Reaktion erfolgt ist.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann macht deutlich, dass eine Kommune nur dann in das Privateigentum eingreifen kann, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hervorgeht. Die Stadt hat keine Möglichkeiten, jemanden zu zwingen, zu sanieren oder zu bauen.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1 Interfraktionelle Anfrage (F0021/16)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, nach dem Motto „Alle Jahre wieder...“ veranstaltet die SPD-Stadtratsfraktion kurz vor den diesjährigen Landtagswahlen mit prominenter Beteiligung aus Politik (Frau Budde, Fraktionsvorsitzende SPD-Landtagsfraktion) und Verwaltung (Prof. Puhle, Beigeordneter und Dr. Laabs, Leiterin Kunstmuseum) am 15.02.2016 im Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Magdeburg auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas“. An sich eine interessante Veranstaltung, allerdings werfen Zeitpunkt und Teilnehmerinnen dieser Veranstaltung doch Fragen auf, da diese nicht im Einklang stehen mit den internen Festlegungen des Oberbürgermeisters (siehe Anhänge).

In der „Verfügung des Oberbürgermeisters zur Umgehensweise mit Einladungen Dritter an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung“ vom 08. August 2003 heißt es: „Innerhalb von 6 Wochen vor anstehenden Wahlen ist die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter für Alle grundsätzlich untersagt.“

Weiter heißt es in der „Grundsatzentscheidung zur Nutzung von Räumen der LH Magdeburg für parteipolitische Veranstaltungen“ vom 12. Januar 2006: „Innerhalb von 4 Wochen vor Wahlterminen sollen keine parteipolitischen Veranstaltungen stattfinden.“

Wir fragen Sie daher:

1. Haben die beiden oben genannten Verfügungen des Oberbürgermeisters noch Gültigkeit oder wurden diese außer Kraft gesetzt?
2. Würden Sie uns zustimmen, dass es sich bei dieser Podiumsdiskussion eindeutig um eine parteipolitische Veranstaltung Dritter handelt, an der innerhalb von 4 Wochen vor einem Wahltermin städtische Mitarbeiterinnen teilnehmen?
3. Wurde diese Veranstaltung, die ganz offensichtlich Ihren beiden Verfügungen vom 08. August 2003 und vom 12. Januar 2006 entgegensteht, in Bezug auf den Zeitpunkt, die Örtlichkeit und die Teilnehmerinnen mit Ihnen abgestimmt?
4. Haben Sie gemäß der Verfügung vom 08. August 2003 ggf. von einer „besonderen Festlegung für Einzelfälle durch den OB“ Gebrauch gemacht? Wenn ja, was sind die Gründe dafür?
5. Ist davon auszugehen, dass künftig auch die anderen Parteien beim Verstoß gegen die Verfügungen des OB mit Ihrer Unterstützung bzw. Zustimmung rechnen können oder wird hier lediglich mit zweierlei Maß gemessen?

Wir bitten um eine ausführliche mündliche Stellungnahme in der SR-Sitzung am 18.02.2016, geben Ihnen jedoch im Vorfeld der Sitzung die Möglichkeit, sich gegenüber den Unterzeichnenden im Rahmen eines Gespräches zum Sachverhalt zu äußern sowie die SPD-Veranstaltung rechtzeitig wegen Verstoß gegen die geltenden Verfügungen des Oberbürgermeisters abzusetzen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zitiert aus seiner Verfügung vom 08.08.2003 bezüglich des Umgangs mit Einladungen Dritter an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Diese besagt, dass Verwaltungsmitarbeiter an Veranstaltungen Dritter – Parteien, Abgeordneter, Stadträte – gehen können, wenn der Beigeordnete das genehmigt hat und dass die Teilnahme an Veranstaltungen für alle sechs Wochen vor den Wahlen grundsätzlich untersagt ist. Privatpersonen sind von dieser Festlegung ausgenommen.

Herr Dr. Trümper zitiert weiterhin aus seiner Verfügung vom 12.01.2006 zur Nutzung von Räumen der Landeshauptstadt Magdeburg für parteipolitische Veranstaltungen. Diese beinhaltet, dass in Schulen, Kindergärten, Rathaus und Johanniskirche finden grundsätzlich keine Parteiveranstaltungen statt. Unberührt hiervon bleibt die Fraktionsarbeit, wenn sie als Veranstaltung angemeldet ist. Er stellt klar, dass er keiner Fraktion untersagen kann, Veranstaltungen durchzuführen und es auch keine Rechtsgrundlage gibt, als Verwaltung einzugreifen.

9.2 Schriftliche Anfrage F0025/16 des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Magdeburg gibt es unter dem Dach der Freiwilligen Feuerwehren auch mehrere Kinder- und Jugendfeuerwehren. Im Rahmen ihrer Nachwuchsförderung sind die Feuerwehren zur Ausstattung der kleinen „Retter für morgen“ oft auf zusätzliche Unterstützung angewiesen, z.B. bei der Ausstattung mit Sachmitteln, wie Uniformen, Arbeitsmaterialien etc..

Ich frage Sie daher:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, über eine Zusammenarbeit mit dem Dezernat I zusätzliche Unterstützung für die Kinder- und Jugendfeuerwehren zu erlangen, indem z.B. Kontakte zu ansässigen Firmen vermittelt werden und so auch die Gründung weiterer Kinderfeuerwehren unterstützt werden könnte ?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz erklärt, dass er einer Zusammenarbeit mit seinem Dezernat positiv gegenüber steht. Er verweist auf eine ganze Reihe von Unterstützungen, die die Stadt bereits leistet. Das betrifft insbesondere die Kinder- und Jugendfeuerwehren finanzieller Art aber auch logistischer Art, natürlich auch beratender Art bis hin zu solchen Fragen, dass eine erweiterte Unfallversicherung beim Kommunalen Schadenausgleich abgeschlossen wurde. Er hält weiter fest, dass das in den letzten Jahren von der Freiwilligen Feuerwehr geleistete als positive Nachwuchsarbeit bezeichnet werden kann.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3 Schriftliche Anfrage (F0024/16) des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

laut Berichten ist es eine Entscheidung des 1. FC Magdeburg, der Polizei und der Landeshauptstadt Magdeburg für das Spiel 1. FCM gegen Hansa Rostock am 5. März in der MDCC-Arena (Heinz-Krügel-Stadion) keine Gästekarten zu vergeben. Diese Entscheidung wurde nicht nur von Hansa-Fans, sondern insbesondere auch von Fans des 1. FC Magdeburg mit Unverständnis aufgenommen. Fußball ohne Gästefans ist kein Fußball.

Daher frage ich Sie:

1. Welche Rolle spielt die Landeshauptstadt Magdeburg bei der Vergabe von Gästekontingenten bei Spielen des 1. FC Magdeburg?
2. Welche Einschätzung der Sicherheitslage treffen die Landeshauptstadt Magdeburg, die Polizei und der 1. FC Magdeburg für den 5. März?
3. Welche Maßnahmen außer der Nichtvergabe von Gästekarten wurden für den 5. März diskutiert?
4. Werden Nichtvergabe oder Reduzierungen von Gästekontingenten auch für andere Spiele des 1. FC Magdeburg diskutiert?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper :

Im seiner Beantwortung stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass er selbst nur aus den Medien davon erfahren hat, dass keine Gästekarten vergeben werden sollen. Er verweist auf ein Interview mit Radio Brocken und dem MDR und seiner klaren Haltung, dass er dieses Vorgehen grundsätzlich für falsch hält und diese Einschränkung keine Schule machen darf. Er gibt aber zu bedenken, dass durch den Umbau der Sicherheitsglaszonen eine Sondersituation besteht. Herr Dr. Trümper würde es als wichtigen Schritt sehen, wenn die Fußballfans jetzt beweisen, dass die hohen Sicherheitsbedingungen nicht nötig sind und die Rostocker Fans friedlich im Magdeburger Fanblock aufgenommen werden würden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.4 Schriftliche Anfrage (F0027/16) des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die LH Magdeburg nimmt mit ihren Hochschulen am EU-Projekt „EUniverCities“ teil. In diesem Rahmen wurden Mitte 2015 lokale Aktionspläne erstellt (<http://urbact.eu/eunivercities-local-action-plans-laps>). In diesen ist geschrieben, dass eine Umfrage zur Studiensituation von Studierenden erstellt wird.

1. Wie ist der Stand der Bearbeitung der Studie?
2. Wenn bereits Ergebnisse vorliegen, wann, wie und wo werden diese veröffentlicht?

Des Weiteren wird festgestellt:

„Students and foreign scientists live in Magdeburg for several years. So far their creative potential and their commitment has not been adequately tapped and used to give the city a distinctive profile. They are not sufficiently represented in municipal decisionmaking either. By resolving these issues, Magdeburg could enhance its attractiveness as a place of study.“ (LAP Magdeburg)

3. Was unternimmt die Landeshauptstadt zur adäquaten Nutzung des Potentials von Studierenden und Wissenschaftler*innen?
4. Wie will die LH Magdeburg Studierende zukünftig besser in kommunale Entscheidungsprozesse einbeziehen?
5. Wie und wie oft ist die Verwaltungsspitze im Kontakt mit Studierenden und mit gewählten Vertreter*innen der Studierenden?
6. Wie finden diese Aspekte Eingang in den Wettbewerb „Zukunftsstadt“?

Im Jahr 2015 haben 70% der akademischen Berufseinsteiger in Sachsen-Anhalt das Bundesland wieder verlassen (Volksstimme 09.02.2016). Sachsen-Anhalt belegt damit den traurigen letzten Platz. Auch die Werte von Magdeburg dürften nicht deutlich besser sein.

Deswegen frage ich:

7. Wie viele Studierende verlassen nach Studienabschluss jährlich die LH Magdeburg?
8. Aus welchen Gründen verlassen sie die LH Magdeburg und wie wurden die Gründe ermittelt?
9. Was unternimmt die LH Magdeburg, um junge Akademiker*innen in der Stadt zu halten?
10. Was unternimmt die LH Magdeburg, um junge (angehende) Akademiker*innen mit potentiellen regionalen Arbeitgebern in Kontakt zu bringen?
11. Was wünschen sich die 20.000 Studierenden zur Steigerung der Attraktivität der LH Magdeburg als Studien- und Lebensort?
12. Wie finden diese Wünsche konkret Eingang in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse?
13. Was unternimmt die LH Magdeburg zur Steigerung der Attraktivität des Studien- und Arbeitsstandortes?

Es wird um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Antwort gebeten.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5 Schriftliche Anfrage (F0033/16) der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

wie in der Presse schon mehrfach zu lesen war, und auch aus persönlichen Erfahrungen heraus, kommt es derzeit im Einfamilienhausgebiet Ottersleben vermehrt zu Einbrüchen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist die Präsenz der Polizei mit der Landeshauptstadt Magdeburg abgestimmt und wie erfolgt die Zusammenarbeit, beispielsweise mit dem Stadtordnungsdienst?
2. Wie sieht die Entwicklung von Einbrüchen in den letzten Jahren und Monaten aus?
3. Wie wird das Thema im Kriminalpräventiven Beirat behandelt?
4. Welche Maßnahmen der Einflussnahme, beispielsweise durch Prävention, werden ergriffen?

Ich bitte um eine mündliche sowie ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz

Bezüglich der Frage 1 führt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz aus, dass es hierzu keine Abstimmungen gibt und liegt ausschließlich in der Zuständigkeit der Polizei. Er führt weiter aus, dass der Stadtordnungsdienst nicht handlungsberechtigt ist und auch nur die Polizei anrufen darf.

Herr Platz informiert weiterhin, dass es keine Abstimmungen darüber gibt, wie die Polizei ihre Fahrzeuge im Stadtgebiet bewegt. Eingehend auf die Frage 2, merkt er an, dass es einen statistischen Anstieg bei Einbruchskriminalität gibt.

Zur Frage 3 erklärt Herr Platz, dass das Thema im Kriminalpräventiven Beirat behandelt wird und weist auf gemeinsame Aktionen, wie u.a. Sicherheitsberatungen hin.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6 Schriftliche Anfrage (F0034/16) des Stadtrates Denny Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat am 17.02.2016 nunmehr offiziell das umgestaltete Förderprogramm "STARK III plus - EFRE" vorgestellt. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

- 1) Welche Auswirkungen hat das nunmehr umfassendere Förderprogramm auf die bereits beschlossene und eingereichte Prioritätenliste der LH Magdeburg?
- 2) Wurde mittlerweile ein entsprechender Antrag auf Förderung der energetischen Sanierung von Kulturstätten gestellt?
- 3) Ist beabsichtigt auch hinsichtlich der Sanierung von Sportstätten ein Förderantrag zu stellen?

Im Ergebnis der oben gestellten Fragen bitte ich um Einschätzung, ob dem Stadtrat in Anbetracht der geänderten Förderkulisse eine überarbeitete Gesamtprioritätenliste zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper :

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass es einer seiner Fragen an den Staatssekretär Herrn Felgner war, ob das überhaupt einen Sinn macht. Das Land wollte ja nur Schulen und Kindergärten machen. Es gibt eine Forderung der EU, die man kennen muss. Die hat das Land jetzt für zwei Kategorien abwehren können. Die EU fordert, dass gemessen wird, auf die Nr. 1 kommt, wer das meiste CO2 einspart. Weiterhin führt er aus, dass man ein großes Gebäude haben muss, wo viel CO2 eingespart werden kann. Diese Einsparsumme – und das ist das Kuriose dabei, die EU möchte aber nicht, dass irgendjemand Gewinn macht - wird die deinem Eigenanteil gegengerechnet. Wenn jetzt 30.000 eingespart werden und zwar über den Förderzeitraum von 15 Jahren muss dies als Eigenanteil gegengerechnet werden. Wenn man bei einer Grundschule die Energieeinsparung gegenrechnet, braucht man keine Förderung mehr. Die Fördersumme ist begrenzt auf 300 Mio. Wenn wir eine Sportstätte oder eine

Kultureinrichtung anmelden, machen wir unseren eigenen Schulen Konkurrenz. Abschließend empfiehlt Herr Dr. Trümper, keine Planung dafür.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.7 Schriftliche Anfrage (F0036/16) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Mit großem Interesse habe ich u.a. durch die Medien von dem mgl. Ansiedlungsvorhaben eines potentiellen Nahversorgers in Olvenstedt Kenntnis genommen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

- a) Welche Beschlussfassungen sind notwendig, um o.g. Anliegen umsetzen zu können? Muss das Märktekonzept geändert werden?
- b) Wie kann es sein, dass die Stadtverwaltung einen weiteren Bedarf an Nahversorger bestätigt, jedoch Flächen dafür nicht ausweisen kann, bspw. im Märktekonzept?
- c) Gibt es mglw. alternative Flächen, die dafür in Frage kommen können
- d) Welche Meinung vertritt die Stadtverwaltung zum Ansinnen, am dortigen „Festplatz“ einen Nahversorger etablieren zu wollen?

Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann erklärt, dass ihm das Projekt seit vergangenen Freitag bekannt ist. Er informiert, dass in den Bereichen ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan vorliegt. Der Bauleitplan sieht Gewerbeflächen vor, aber schließt Einzelhandel explizit aus, weil es kein zentraler Versorgungsbereich ist. Er verweist darauf, dass in dem Bereich ein Änderungsverfahren in dem nordöstlich angrenzenden Gebiet läuft und hierzu am 26. Januar eine Bürgerversammlung stattgefunden hat und das Vorhaben einer Wohnbebauung in dem Bereich wohlwollend aufgenommen wurde. Herr Dr. Scheidemann erklärt weiterhin, dass die Fläche keinen zentralen Versorgungsbereich darstellt und nach alternativen Flächen gesucht wurde. Wenn dieser Bereich in Frage kommen sollte, muss auch das Märktekonzept geändert werden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8 Schriftliche Anfrage (F0035/16) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Es gab in der Vergangenheit Überlegungen seitens der Stadt Magdeburg, für den Bereich Integration eingehende Spendengelder an die Willkommensbündnisse auszureichen.

Vor diesem Hintergrund frage ich an:

1. Gingen für diesen Bereich 2015/16 Spendengelder ein? Wenn ja in welcher Höhe?
2. Wie wurden diese verausgabt?
3. Erfolgt(e) eine finanzielle Unterstützung der Willkommensbündnisse durch die Stadt, ggf. auch durch nicht aus Spenden stammende Mittel?
4. Gibt es Pläne im Zuge der Integrationsarbeit der Stadt eine Koordinierung der Willkommensbündnisse personell/finanziell sicherzustellen? Gibt es Überlegungen in der Stadtverwaltung eine Ansiedlung einer solchen Stelle bei der Freiwilligenagentur vorzunehmen? Wenn nein, welche Hinderungsgründe werden gesehen?

Um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen wird gebeten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper :

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass zu dieser Frage erst noch Abstimmungsbedarf gibt.

Zur Frage der Koordinierung der Willkommensbündnisse stellt er klar, dass diese strukturiert werden müssen, aber keine Steuerung durch die Stadt erfolgen soll.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.9 Schriftliche Anfrage (F0030/16) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch Bürgerhinweise, Medienberichte und offizielle Mitteilungen der Stadtverwaltung wurde bekannt, dass es zum Versand von fehlerhaften Wahlbenachrichtigungen für die kommende Landtagswahl gekommen ist.

Zur Wahrung der Rechtssicherheit wurde durch die Verwaltung der Neuversand von rund 50.000 Wahlbenachrichtigungen avisiert.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Welche Ursache hat der fehlerhafte Versand der Wahlbenachrichtigungen?
2. Wie hoch sind die Kosten für den Neuversand (Druckkosten, Mehrarbeit, Portokosten usw.)?
3. Wer übernimmt diese Mehraufwendungen bzw. gibt es Haftungsregelungen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz :

Eingehend auf die Frage informiert Herr Platz, dass der Fehler beim privaten Dienstleister passiert ist und dabei Datensätze vertauscht wurden. Bezüglich der Frage zur Höhe der Kosten erklärt er, dass hierzu keine Aussagen getroffen werden. Er verweist darauf, dass ihm eine schriftliche Erklärung des Dienstleisters vorliegt, dass er zu 100 % die Verantwortung trägt und dass er demzufolge auch die vollen Kosten trägt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.10 Schriftliche Anfrage (F0026/16) des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

während vom 8. - 10. Februar die Schülerinnen und Schüler der staatlichen Schulen ihre Ferien genossen, mussten die Schülerinnen und Schüler an vier freien Schulen (u.a. dem ökumenischen Domgymnasium) die Schulbank drücken. Ein gutes Recht dieser Schulen, da somit die Osterferien verlängert sind, aber nicht ganz ohne Probleme in der Schülerbeförderung. So mussten die Betroffenen Schülerinnen und Schüler zwar den ÖPNV nutzen, konnten dies aber nicht mit ihrer Schülerjahreskarte. Laut Aussage aus der Schulverwaltung dürfen sie dafür ihre Schülerjahreskarte zu Ostern nutzen. Hier liegt ein Ungleichgewicht vor, während sie im Februar zur Schule mussten und damit auch den ÖPNV nutzen mussten, besteht zu Ostern kein Grund, den ÖPNV zu nutzen.

Daher frage ich Sie:

1. Welche Regelungen zum Schülerverkehr und der Nutzung der Schülerjahreskarte bei der Teilnahme an Schul- und insbesondere Unterrichtsveranstaltungen, innerhalb der gesetzlichen Ferienzeiten, gibt es?
2. Werden den betroffenen Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern die Fahrtkosten erstattet? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche unbürokratischen Regelungen wären möglich, um bei Schul- bzw. Unterrichtsveranstaltungen während der gesetzlichen Ferienzeiten eine Nutzung der Schülerjahreskarte zu gewährleisten?

Es wird um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle:

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle verweist auf die bereits vorliegende schriftliche Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung und erklärt, dass in diesem Fall der Fehler nicht bei der Stadtverwaltung liegt, auch nicht bei den Magdeburger Verkehrsbetrieben. Er hält fest, dass frühzeitig von den Privatschulen ein Antrag bei MAREGO bzw. bei der MV hätte gestellt werden müssen, damit das über diesen Verbund eingetaktet werden kann. Er gibt den Hinweis, dass die Schülerjahreskarte Bestandteil der MAREGO-Tarifbestimmungen ist und Abweichungen bei allen Genehmigungsbehörden des Verbundgebietes langfristig beantragt und verhandelt werden müssen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt eine Geschäftsordnungsfrage zur interfraktionellen Anfrage F0021/16. Er bittet den Oberbürgermeister mit Bezug auf den § 45 der KVG LSA deutlich zu machen, aus welchen der einzelnen Paragraphen abzuleiten ist, dass eine solche Fraktionsveranstaltung überhaupt zugelassen ist.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass er dies gerne prüfen lassen kann, aber er nicht glaubt, dass der Stadtrat möchte, dass die Verwaltung Fraktionsarbeit reglementieren kann.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F0023/16, F0028/16, F0029/16, F0031/16, F0032/16, F0037/16, F0038/16, F0039/16 erfolgt die Beantwortung schriftlich durch die Verwaltung.

10. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 10.1 – 10.7 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Beate Wübbenhorst
1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates

Anlage 1 – Redebeitrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum TOP 5
Anlage 2 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadtrat Meister

Anwesend:

Vorsitzende/r

Andreas Schumann

Mitglieder des Gremiums

Beate Wübbenhorst

Hugo Boeck

Maik Aebi

Tom Assmann

Helga Boeck

Matthias Boxhorn

Thomas Brestrich

Rainer Buller

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Gerhard Häusler

Christian Hausmann

René Hempel

Sören Ulrich Herbst

Bernd Heynemann

Denny Hitzeroth

Jens Hitzeroth

Michael Hoffmann

Andrea Hofmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Karsten Köpp

Daniel Kraatz

Günther Kräuter

Dr. Klaus Kutschmann

Mandy Loskant

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Oliver Müller

Andrea Nowotny

Bernd Reppin

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Hubert Salzborn

Chris Scheunchen

Gunter Schindehütte

Jenny Schulz

Carola Schumann

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Birgit Steinmetz

Reinhard Stern

Frank Theile

Lothar Tietge

Dr. Lutz Trümper

Jacqueline Tybora

Oliver A. Wendenkampf
Alfred Westphal
Roland Zander
Monika Zimmer
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend
Timo Gedlich
Burkhard Lischka